

Zusatzpunkt 9:

Antrag der Abgeordneten Katja Keul, Agnieszka Brugger, Omid Nouripour, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Keine Nutzung der Ramstein Air Base für völkerrechtswidrige Tötungen**

Drucksache 19/14112 17565 B

in Verbindung mit

Zusatzpunkt 10:

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Dr. Alexander S. Neu, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: **US-Militärstützpunkt Ramstein in Deutschland schließen**

Drucksachen 19/11102, 19/16521 17565 C

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ... 17565 C

Dr. Andreas Nick (CDU/CSU) 17566 C

Petr Bystron (AfD) 17567 B

Dr. Karl-Heinz Brunner (SPD) 17568 B

Ulrich Lechte (FDP) 17569 C

Sevim Dağdelen (DIE LINKE) 17570 B

Anita Schäfer (Saalstadt) (CDU/CSU) 17571 A

Dr. Reinhard Brandl (CDU/CSU) 17571 C

weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE (C)

US-Militärstützpunkt Ramstein in Deutschland schließen

Drucksachen 19/11102, 19/16521

Beschlossen ist eine Aussprache von 30 Minuten.

Ich eröffne die Aussprache, und es beginnt die Kollegin Katja Keul für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im März letzten Jahres hat das Oberverwaltungsgericht Münster einer Klage jemenitischer Drohnenopfer teilweise stattgegeben und Folgendes entschieden: Die bisherige Annahme der Bundesregierung, es bestünden keine Anhaltspunkte für Verstöße der USA bei ihren Aktivitäten in Deutschland gegen deutsches Recht oder Völkerrecht, beruhe auf einer unzureichenden Tatsachenermittlung und sei rechtlich nicht tragfähig. Es sei offenkundig – und damit auch der Bundesregierung bekannt –, dass die USA unter Verwendung der Air Base Ramstein bewaffnete Drohneneinsätze durchführten, so das Oberverwaltungsgericht. Und: Die Frage, ob das Völkerrecht bewaffnete Drohneneinsätze zulasse, sei keine politische, sondern eine Rechtsfrage. – Die Bundesregierung wurde deshalb dazu verurteilt, sich zu vergewissern, dass in Ramstein kein Recht verletzt wird, und auf dessen Einhaltung gegenüber den USA hinzuwirken. Die Bundesregierung darf sich also nicht damit zufriedengeben, dass die Amerikaner die konkreten Fragen nicht beantworten und schlicht behaupten, sie würden sich an Recht und Gesetz halten. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Auch dass in Ramstein weder Drohnen noch Drohnenpiloten stationiert sind, ist längst bekannt und beantwortet die Fragen nicht. Auf Rat der Pentagon-Juristen wurde gleich zu Beginn des Drohnenkrieges entschieden, die Drohnenpiloten nicht direkt in Ramstein zu stationieren und sie stattdessen durch ein Glasfaserkabel zu verbinden. Und so hat man Ramstein als zentrale Relaisstation ausgebaut, ohne die keine Echtzeitbilder aus dem Nahen und Mittleren Osten an die Piloten in den USA geliefert werden können. Seit einiger Zeit sucht man sogar nach einem Alternativstandort in Italien, um die hohe Abhängigkeit von Ramstein zu verringern.

Der Zeuge im NSA-Untersuchungsausschuss, der Drohnenpilot Brandon Bryant, hat bestätigt, dass sämtlicher Datenverkehr zwischen den Drohnen und ihren Piloten über Ramstein abgewickelt wird. Ohne diese Relaisstation gäbe es keine US-Drohneneinsätze, weder im Jemen noch in Somalia, in Pakistan oder im Irak. Nehmen Sie doch endlich die Fakten zur Kenntnis!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Ich rufe die Zusatzpunkte 9 und 10 auf:

ZP 9 Beratung des Antrags der Abgeordneten Katja Keul, Agnieszka Brugger, Omid Nouripour, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Keine Nutzung der Ramstein Air Base für völkerrechtswidrige Tötungen

Drucksache 19/14112

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuss (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

ZP 10 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, Dr. Alexander S. Neu,

Katja Keul

- (A) Der Zeuge Bryant hat als Drohnenpilot im Übrigen auch für das Joint Special Operations Command, kurz JSOC, gearbeitet, also genau die Einheit, die jetzt die Tötung des iranischen Generals Soleimani durchgeführt hat. Und rechtswidrig ist nicht nur die Tötung von unschuldigen Zivilisten, sondern auch die völkerrechtswidrige Tötung von Repräsentanten ausländischer Staaten, unabhängig davon, welche Verbrechen man ihnen zur Last legt und wie unsympathisch sie einem sein mögen.

Am 3. Januar wurden in Bagdad insgesamt zehn Menschen, darunter Soleimani, mittels einer bewaffneten Drohne, einer sogenannten Reaper, getötet. Nach Angaben der amerikanischen Behörden war dieser Schlag explizit gegen den iranischen Staat gerichtet. Ich habe hierzulande noch keine juristische Stimme vernommen, die diesen Angriff nicht als klar völkerrechtswidrig bewertet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

So auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages und das OVG Münster – ich zitiere einen der Leitsätze –:

Ein Recht auf präventive bzw. „präemptive“ Selbstverteidigung auch in Situationen, in denen noch keine unmittelbare Gefahr ... besteht, sondern „über Zeit und Ort des feindlichen Angriffs Ungewissheit herrscht“, findet im geltenden Völkerrecht keine Grundlage.

Der rechtswidrige Anschlag unter Nutzung der Infrastruktur in Deutschland ist außerdem ein Fall für die deutsche Staatsanwaltschaft. Erste Strafanzeigen liegen bereits vor.

(B)

Selbst wenn die Drohnenpiloten entgegen der üblichen Praxis in diesem Fall in der Region selbst stationiert gewesen wären, muss die Rolle von Ramstein restlos aufgeklärt werden. Die Schutzpflicht der Bundesregierung gilt nämlich nicht nur für die Opfer bewaffneter Drohneinsätze, sondern auch für die Staatsbürger im eigenen Land. Durch einen Militärschlag auf den iranischen Staat wurde Ramstein zu einem legitimen militärischen Angriffsziel in der Auseinandersetzung zwischen den USA und dem Iran. Die Bundesregierung kann und darf sich nicht länger mit Nichtwissen begnügen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie hat zu wissen – das ist ihre Pflicht –, und was sie nicht weiß, muss sie ermitteln. Das tosende Schweigen gegenüber dem Bündnispartner hilft niemandem, uns nicht, dem Weltfrieden nicht und auch nicht unseren amerikanischen Freundinnen und Freunden. Reden Sie endlich Klartext mit unserem Bündnispartner! Wegducken macht alles schlimmer.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der nächste Redner: der Kollege Dr. Andreas Nick, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C)

Dr. Andreas Nick (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute in dieser Debatte mit zwei Anträgen aus der Opposition mit durchaus unterschiedlicher Stoßrichtung. Die Linkspartei fordert schlichtweg pauschal die Schließung der US-Air Base in Ramstein.

(Zuruf von der LINKEN: Ja!)

Dem will ich in aller Deutlichkeit widersprechen. Die US-Streitkräfte am Flughafen Ramstein und im Militärhospital Landstuhl sind in meiner Heimat Rheinland-Pfalz selbstverständlich auch künftig herzlich willkommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die amerikanische Community hat mit über 52 000 Menschen in der Region in und um Kaiserslautern eine lange Tradition und wichtige Bedeutung. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, den amerikanischen Soldaten und ihren Familien ausdrücklich zu danken, die hier fern der Heimat ihren Dienst auch für unsere Sicherheit leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie
bei Abgeordneten der SPD)

Die Präsenz der US-amerikanischen Streitkräfte in Deutschland dient nicht nur dem Schutz deutscher und europäischer Sicherheitsinteressen. Ramstein ist auch zentrale Drehscheibe für die weltumspannenden Aktivitäten der US-Streitkräfte, nicht zuletzt in Verbindung mit dem Landstuhl Regional Medical Center für die medizinische Versorgung verwundeter Soldaten.

(D)

Was wäre denn die Konsequenz aus Ihrer pauschalen Forderung der Schließung der Air Base? Eine Verlagerung etwa nach Osteuropa, wie gelegentlich auch anderswo diskutiert, läge doch keineswegs im deutschen Interesse. Für derart abwegige Überlegungen sollten aus diesem Haus nicht auch noch die Stichworte geliefert werden.

Der Antrag der Grünen konzentriert sich hingegen vorrangig auf die Rolle der Relaisstation zur Signalübertragung von unbemannten Luftfahrzeugen in Ramstein. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD haben wir sehr deutlich gemacht: Völkerrechtswidrige Tötungen, auch durch Drohneinsätze, lehnen wir kategorisch ab.

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Ja, und was folgt daraus?)

So glasklar völkerrechtswidrig, wie Sie den Einsatz bewaffneter Drohnen in Ihrem Antrag sehr allgemein darstellen, ist er aber nicht in jedem Fall. Eine militärische Gewaltanwendung durch bewaffnete unbemannte Luftfahrzeuge ist völkerrechtlich durchaus zulässig, etwa wenn sie im Rahmen eines bewaffneten Konflikts verhältnismäßig und mit der Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten erfolgt.

Natürlich ist die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten in den heute vorherrschenden asymmetrischen Konfliktkonstellationen zunehmend

Dr. Andreas Nick

- (A) komplexer und daher möglicherweise Gegenstand kontroverser Beurteilungen. Die geltende stationierungsrechtliche Grundlage hierzulande macht jedoch für alle Einsatzszenarien sehr klar: Die Vereinigten Staaten sind verpflichtet, auf ihren Stützpunkten in Deutschland deutsches Recht und Völkerrecht einzuhalten. Dies hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren immer wieder betont, und dies haben die Vereinigten Staaten der Bundesregierung auch immer wieder zugesichert. Diese Zusicherung schließt auch ein, dass unbemannte Luftfahrzeuge von Ramstein aus weder gestartet noch gesteuert werden.

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Ja, das ist doch klar!)

Dazu steht die Bundesregierung mit unserem Bündnispartner in einem stetigen, engen und vertrauensvollen Dialog.

Das OVG Münster, auf dessen Urteil, das übrigens noch nicht rechtskräftig ist, Sie sich beziehen,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Ja, weil die Bundesregierung Rechtsmittel eingelegt hat!)

- hat in seinem Urteil vom 19. März 2019 mit Blick auf die Erfüllung der Schutzpflicht der Bundesregierung ausdrücklich deutlich gemacht, dass es dieser obliegt – Zitat –, „im internationalen Verkehr mit dem Bündnispartner, den Vereinigten Staaten von Amerika, der ebenfalls dem Völkerrecht und den internationalen Menschenrechten sowie dem humanitären Völkerrecht verpflichtet ist, in einer Weise vorzugehen, die die Bündnisfähigkeit Deutschlands nicht gefährdet“. O-Ton OVG Münster, auf das Sie sich beziehen.
- (B)

Meine Damen und Herren, die Westbindung und die NATO-Mitgliedschaft sind Grundpfeiler deutscher Sicherheitspolitik. Wir setzen auch weiterhin auf das Bündnis mit den Vereinigten Staaten, auch verbunden mit der Stationierung amerikanischer Soldaten hier bei uns in Deutschland.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Für die AfD-Fraktion hat das Wort der Kollege Petr Bystron.

(Beifall bei der AfD)

Petr Bystron (AfD):

Lieber Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute mit zwei Anträgen: mit einem Antrag von den Linken zur Schließung von Ramstein und mit einem Antrag von den Grünen, die Nutzung des Stützpunktes für völkerrechtswidrige Tötungen zu verbieten. Das ist natürlich raffiniert. Wer will schon völkerrechtswidrige Tötungen? Natürlich niemand. Den Abzug aller fremder Truppen aus Deutschland hat die AfD sogar im Grundsatzprogramm, aber nicht aus blindem

Amerikahass, sondern weil wir uns ein freies, souveränes Deutschland wünschen. (C)

(Beifall bei der AfD)

Liebe Grüne, seien Sie mir nicht böse, aber es ist pure Heuchelei, dass gerade Sie einen solchen Antrag vorlegen. Sie haben etwas gegen völkerrechtswidrige Tötungen? Wer war denn der Außenminister, der Deutschland in den ersten Kriegseinsatz nach dem Zweiten Weltkrieg getrieben hat? Das war Ihr Kumpel Joschka – mit Verlaub, Herr Präsident –, das Arschloch Fischer, der war das.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Herr Kollege, das geht so nicht.

Petr Bystron (AfD):

Das war ein Zitat von Joschka Fischer. Das wissen Sie ja selbst.

(Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das ist es nicht!)

Damals wurde nicht ein islamistischer Terrorist umgebracht; das war keine gezielte Tötung. Damals wurden flächendeckend serbische Städte bombardiert. Es wurden über 3 500 Menschen umgebracht, die meisten davon Zivilisten. Das war ein völkerrechtswidriger Krieg, und für den waren Sie mitverantwortlich.

(Beifall bei der AfD)

(D)

Heute legen Sie Anträge vor, nachdem die Amerikaner einen Terroristen gezielt getötet haben, der Unterstützer der Hisbollah im Libanon, der Hamas im Gazastreifen, der Taliban in Afghanistan war und der Zigtausende Menschen in Syrien auf dem Gewissen hat. Die EU führte ihn als Terroristen. In Israel wurde er der gefährlichste Feind Israels genannt. Und seine Milizen sind nicht nur die Exporteure des Terrors im nahen Ausland, sie sind die wichtigste Stütze des Mullah-Regimes im Iran.

(Zuruf des Abg. Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

– Ja, mit dem Sie und Ihre Kollegin Claudia Roth sich so gerne treffen und fotografieren lassen. Das ist das Regime, dem die Kollegen von der SPD zu 40 Jahren Revolution und Terror gratulieren.

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Waren Sie nicht gerade bei Assad zu Hause?)

Liebe Freunde, diese Milizen haben gerade letzten Herbst 1 500 Menschen im Iran erschossen, nur weil die Menschen auf die Straße gegangen sind, um gegen das Regime zu demonstrieren.

(Zuruf des Abg. Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich sage Ihnen eines: Anstatt diesen Tyrannen zu hofieren – gerade Sie, lieber Kollege Nouripour –, sollten Sie schauen, dass Sie den Menschen im Iran helfen.

Petr Bystron

- (A) (Ulrich Lechte [FDP]: Können wir etwas zum Thema hören?)

Diese Menschen haben in uns alle, auch in Sie, große Hoffnungen gesetzt. Ich habe sie auf Twitter gefragt, was sie Ihnen ausrichten möchten.

(Zuruf von der FDP: Jetzt zum Thema!)

Ich möchte Ihnen nur vier Tweets von Tausenden Tweets vorlesen: Ich bin Bergarbeiter im Iran. Wir Iraner alleine können das Regime nicht stürzen. Bitte helfen Sie uns! – Stoppen Sie die Unterstützung des Mullah-Regimes! Helfen Sie den Menschen bei den Protesten und bei den landesweiten Demonstrationen!

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Helfen Sie den Menschen in Syrien!)

Ein weiterer Tweet: Wer mit dem iranischen Regime verhandelt, hat Blut an den Händen! -s_abjari sagt: Wir wollen freie Meinungsäußerung, wir wollen Religionsfreiheit, wir wollen keine Pressezensur. Lassen Sie das Volk das Regime stürzen! Hört auf, die Diktatoren zu unterstützen!

Das, liebe Freunde, ist das Gebot der Stunde: an der Seite der Amerikaner dem iranischen Volk zu helfen und den Menschen dort nicht mit juristischen Spitzfindigkeiten in den Rücken zu fallen.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

- (B) **Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:**

Herr Kollege Bystron, wenn Sie hier schon das Wort „Arschloch“ verwenden, können Sie bitte noch mal klarstellen, dass Sie damit nicht den früheren Außenminister bezeichnet haben?

(Petr Bystron [AfD]: Das kann ich nicht klarstellen! Das, was ich gesagt habe, war ein Zitat von Joschka Fischer!)

– Sie wollen also den früheren Außenminister als „Arschloch“ bezeichnen? Dann erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Petr Bystron [AfD]: Danke!)

Der Kollege Dr. Karl-Heinz Brunner hat als Nächstes das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Karl-Heinz Brunner (SPD):

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren auf den noch spärlich besetzten Plätzen der Tribünen! Wäre dieses Thema nicht so ernst, würde ich sagen: Nach einer halben Stunde Vorprogramm und längerem Verweilen würde ich lieber einem Konzert von Rammstein zuhören, als dieses Schmierentheater mitanhören zu müssen. Es ist peinlich, in diesem Hause so zu argumentieren.

- (Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (C)

Peinlich, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ist es schon allein deshalb, weil die Lage im Mittleren und Nahen Osten so ernst, so bedrohlich nicht nur für den Mittleren und Nahen Osten, sondern auch für uns in der Bundesrepublik Deutschland mitten in Europa ist. Das macht es erforderlich, kluge, weitsichtige, planvolle und zurückhaltende Politik zu betreiben.

Ich gebe zu, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass ich bei der Betrachtung der Politik unseres verbündeten Präsidenten Donald Trump weder das Attribut „planvoll“ noch das Attribut „zurückhaltend“ noch das Attribut „weitsichtig“ und schon gar nicht das Attribut „klug“ sehe in dem Vorgehen, das wir mit dem Drohnenangriff im Irak gegen einen iranischen Staatsmann erlebt haben. Dies ist eine Tatsache, und diese hat man unter Freunden auszusprechen.

Aber jetzt sofort in einen Empörungsmechanismus abzugleiten, in diesem Empörungsmechanismus das Schließen der Basis Ramstein in der Bundesrepublik Deutschland, im schönen Rheinland-Pfalz zu fordern – übrigens mit der Folge, dass Tausende von Menschen und Familien damit ihrer Existenz beraubt würden –, die sofortige Schließung der Relaisstation zu fordern, sich auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster zu beziehen und dieses Hohe Haus und die Öffentlichkeit so in Kenntnis zu setzen, als ob dieses Urteil schon rechtskräftig wäre, finde ich ein bisschen dreist.

Wer das Urteil gelesen hat, weiß, dass in der Begründung des Gerichts steht: Wegen der Grundsätzlichkeit der Bedeutung dieser Frage wird die Revision zum Bundesverwaltungsgericht zugelassen. – Diese Revision ist eingelegt. Diese Revision ist zulässig eingelegt, und wir sollten zuerst mal das Bundesverwaltungsgericht entscheiden lassen und diese rechtskräftige Entscheidung abwarten. Dann können wir hier darüber diskutieren, ob wir diese rechtskräftige Entscheidung politisch für richtig erachten oder politisch für nicht richtig erachten. Ich persönlich habe immer die Auffassung vertreten: Recht ist nicht unbedingt eine Frage der Gerechtigkeit, sondern Recht ist von uns als Teil dieser Gewaltenteilung auch zu akzeptieren. (D)

Deshalb ist es fair und richtig, sich auf die Fakten zu berufen.

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Was ist Ramstein? Ramstein ist eine Basis in Rheinland-Pfalz aufgrund des NATO-Truppenstatuts; darin gibt es diesen sogenannten Absatz 2. Die Bundesrepublik Deutschland hat bisher in ständiger Regelmäßigkeit zu Recht und richtigerweise die Einhaltung völkerrechtlicher Regeln verlangt. Dieses NATO-Truppenstatut besagt auch, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sich an diesem Standort unbedingt den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland zu unterwerfen haben.

Nun haben wir uns – der Kollege der Union hat es deutlich ausgeführt – in dem Koalitionsvertrag für das

Dr. Karl-Heinz Brunner

- (A) Verbot und die Ächtung von extralegalen Tötungen ausdrücklich ausgesprochen, was qua unserer Entscheidung nicht nur Wiedergabe des Völkerrechts ist, sondern unserer politischen und rechtlichen Vorgabe entspricht. Solange – dieser Grundsatz gilt in der Bundesrepublik Deutschland – nicht das Gegenteil als solches bewiesen ist, glaube ich, ist es notwendig, dass wir uns nach 75 Jahren Freiheit, guter Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika und guter Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik nicht wegen einzelner unkluger Entscheidungen eines für eine bestimmte Legislatur gewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten von dieser guten vertrauensvollen Zusammenarbeit verabschieden sollten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich glaube vielmehr, dass es notwendig ist, diese vertrauensvolle Zusammenarbeit zu erneuern und unseren Freunden ganz deutlich zu sagen: Wir wollen keine völkerrechtswidrigen Angriffe. Wir wollen keine extralegalen Tötungen. Wir wollen als Partner der Vereinigten Staaten, dass das Völkerrecht nicht nur bei uns, sondern überall auf dieser Welt eingehalten wird, und wir halten es nicht für richtig, wenn ein Präsident damit droht – was übrigens auch völkerrechtswidrig ist –, Kulturgüter sämtlicher Art zu zerstören.

(Beifall der Abg. Katja Keul [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN])

Das dürfen wir nicht hinnehmen. Das müssen wir Freunden sagen. Das müssen wir erneuern. Deshalb glaube ich, dass die Erneuerung dieses Bündnisses dringender erforderlich ist.

(B)

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Warum hat die Bundesregierung es dann nicht gesagt?)

Die Erneuerung eines Bündnisses, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, erreiche ich nicht dadurch, dass ich ein gut bestehendes Verhältnis, das funktioniert, das seine Mechanismen hat und das auf vertraglicher Basis Friedensarchitektur in Europa geschaffen hat, mutwillig oder gar durch unkluge, schnelle, nicht planvolle Entscheidungen aufs Spiel setze. Deshalb glaube ich, ist es notwendig, mit den Vereinigten Staaten darüber in Verhandlungen zu treten,

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Viel Erfolg!)

Gespräche zu führen, das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes abzuwarten und dann zu bewerten, ob es notwendig ist, dort weitere Maßnahmen zu ergreifen.

In dem Sinne hoffe ich, dass wir wieder zu planvoller, zurückhaltender, weitsichtiger und vor allen Dingen kluger Außenpolitik – auch in diesem Hause – zurückkehren, um den Menschen in Rheinland-Pfalz Planungssicherheit zu geben, um unsere europäische Sicherheitsarchitektur zu erhalten und nicht unnötig Öl ins Feuer zu gießen, wo schon genügend Öl vorhanden ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN]: Wo ist eigentlich Rolf Mützenich?) (C)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Nächster Redner für die FDP-Fraktion: der Kollege Ulrich Lechte.

(Beifall bei der FDP)

Ulrich Lechte (FDP):

Herr Präsident! Meinen Damen und Herren! Karl-Heinz, es ist Zeit für gute Außenpolitik: Jetzt kommt nämlich die FDP-Fraktion.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP und der SPD – Beifall des Abg. Petr Bystron [AfD])

Bei diesen beiden Anträgen zur Nutzung der Ramstein Air Base kommen politische und juristische Fragen zusammen und vermengen sich zu einem komplexen Sachverhalt. Sie verweisen auf die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts NRW und auf das Berufungsverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht.

Natürlich müssen auch wir Politiker über dieses wichtige Thema sprechen. Es gibt einen aktuellen Anlass, der vorhin schon ausgeführt wurde: der Drohnenangriff auf den General; wir wissen alle Bescheid, worum es geht.

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das ist nicht der Anlass!)

Damit – so lautete die offizielle Begründung der USA – sollte ein unmittelbar bevorstehender Angriff abgewendet werden. Aber für diese Begründung wurden bisher keine Beweise vorgelegt. Das hätte eigentlich in Sitzungen im US-Repräsentantenhaus und im Senat geschehen sollen. Aber es ist bekanntermaßen ausgeblieben. Das wurde dann auch parteiübergreifend von Demokraten und Republikanern kritisiert. (D)

Ich denke, wir sind uns ebenso parteiübergreifend einig, dass willkürliche Tötungen völkerrechtswidrig sind. Wir sind uns auch weitgehend einig, dass der sogenannte Krieg gegen den Terror keine grenzenlose Anwendung der Logik des Krieges erlaubt. Aus diesem Grund hat sich die Bundesregierung auch von den USA zusichern lassen, dass Drohnen für solche Antiterrorereinsätze weder von Ramstein gestartet noch gesteuert werden dürfen.

Die strittige Frage ist, was die Bundesregierung genau tut, um die Einhaltung dieser Zusagen zu gewährleisten. Um diese Frage geht es in beiden Anträgen.

Die Antwort der Linken ist simpel: Ramstein schließen, fertig. – Das ist nicht verwunderlich. Ihnen ist ja jede Gelegenheit recht, um gegen unsere Freundschaft zu den Amerikanern, die NATO oder gar die eigene Bundeswehr zu wettern. „Ami go home“ – in Führungszeichen, bitte – findet mit den Liberalen nicht statt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Armin-Paulus Hampel [AfD])

Das Problem wäre damit übrigens auch nicht gelöst, meine lieben Parteifreunde der Linken.

Ulrich Lechte

- (A) (Beifall bei Abgeordneten der FDP – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Nee, nee, nee! Das stimmt nicht, was er sagt!)

Die US-Administration nutzt dann eben einen anderen Stützpunkt, voraussichtlich in Osteuropa; das ist euch hoffentlich klar. Damit ist der Antrag der Linken als völlig nutzlos entlarvt.

Der Antrag der Grünen ist hingegen wesentlich geschickter; denn hier geht es darum, dass wir uns wirklich wirksam dafür einsetzen, dass sich die USA an ihre Zusagen halten. Das ist von der Zielsetzung völlig richtig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Detail werden wir in den Ausschüssen über die Formulierung beraten müssen, die ja schon etwas über die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts NRW hinausgeht.

Außerdem habe ich meine Zweifel, ob es wirklich eine gute Idee ist, hierüber politisch zu entscheiden, während das Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht noch läuft. Aber wenn wir das gründlich beraten, dann liegt uns bis zu unserer Entscheidung vielleicht auch schon eine Entscheidung des Gerichts vor.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man kann eine Revision ja auch zurücknehmen!)

- (B) **Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:**

Nächste Rednerin für die Fraktion Die Linke: die Kollegin Sevim Dağdelen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Anträge, Herr Parteifreund Lechte,

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

sind schon etwas älter. Aber anlässlich der Ermordung des iranischen Generals Soleimani durch die USA, deren Rechtmäßigkeit vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages im Gegensatz zur Bundesregierung stark in Zweifel gezogen wird, stellt sich die Frage nach der Relaisstation im rheinland-pfälzischen Ramstein, über die die extralegalen Hinrichtungen der USA mittels Kampfdrohnen laufen, in aller Dringlichkeit neu. Deshalb haben Linke und Grüne diese Anträge jetzt aufgesetzt. Wir fragen die Bundesregierung natürlich auch – nicht vergessen, zu klatschen, Herr Lechte –: Warum antworten Sie nicht auf die Frage, ob der Mord an diesem iranischen General über den US-Stützpunkt Ramstein gegangen ist oder nicht?

Die Bundesregierung hat jetzt am 8. Januar zum ersten Mal eingestanden, dass sich in Ramstein „eine von mehreren Relaisstationen“ befindet, über die „Kommunikationen mit unbemannten Luftfahrzeugen laufen“. Bisher wurde auf die Anfragen der Linken stets Unkenntnis seitens der Bundesregierung vorgetäuscht. Die Frage ist

aber: Warum fällt eigentlich der Bundesregierung jetzt auf einmal ein, von der Existenz dieser Relaisstationen Kenntnis zu haben? Kann dies etwas mit dem Mord an Soleimani zu tun haben? Das würde den Bundestag, aber auch sicher die Öffentlichkeit interessieren. Deshalb fragen wir die Bundesregierung: Warum schweigen Sie weiterhin?

(Beifall bei der LINKEN)

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat – das wurde schon angesprochen – in seinem Urteil vom März 2019 in Bezug auf Ramstein und die US-Drohnenmorde im Jemen festgestellt, dass die Bundesregierung ihre Schutzpflicht gegenüber dem Grundrecht auf Leben nicht erfüllt. Und zugleich wurde die Bundesrepublik Deutschland dazu verurteilt, sich durch geeignete Maßnahmen zu vergewissern, ob eine Nutzung der Air Base Ramstein durch die USA für Einsätze von bewaffneten Drohnen im Jemen im Einklang mit dem Völkerrecht stattfindet. Statt der ihr gerichtlich auferlegten Pflicht nachzukommen, hat diese Bundesregierung gegen dieses Urteil Rechtsmittel eingelegt. Ich frage Sie: Welche der im Urteil erwähnten Schutzmaßnahmen haben Sie seit diesem Urteil eigentlich getroffen, um eben zu verhindern, dass von Ramstein und damit von deutschem Boden solche Drohnenmorde ausgehen?

(Beifall bei der LINKEN)

Welche Maßnahmen haben Sie seit diesem Urteil ergriffen, außer einfach nachzufragen bei der US-Administration, von der Sie bis heute keine Antwort bekommen haben? Sie selbst haben im Ausschuss gesagt, die USA verweigerten Ihnen eine Antwort. Das heißt, wenn Sie eine souveräne Bundesregierung sind, dann müssen Sie dafür Sorge tragen, dass von deutschem Boden keine Drohnenmorde ausgehen. Da gibt es nur eine Lösung, meine lieben Freundinnen und Freunde: Es ist die Schließung dieser Drohnenmordzentrale Ramstein. Sonst wird das Problem nicht gelöst.

(Beifall bei der LINKEN – Angelika Glöckner [SPD]: Unglaublich!)

Wer wie Bundeskanzler Willy Brandt will, dass von deutschem Boden kein Krieg ausgeht, der muss Ramstein schließen

(Ulrich Lechte [FDP]: Ach Quatsch!)

und das in ein umfassendes Konversionsprogramm überführen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Frau Kollegin.

Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

Denn die Schließung sollte auch für die Menschen vor Ort eine Friedensdividende sein.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Reinhard Brandl

(A) (Ulrich Lechte [FDP]: Doch, „Happy New Year“!)
(B)

Aber ich weiß auch, meine Damen und Herren, wen wir anrufen könnten, wenn es zu einem Ernstfall käme, wer kommen würde, um uns zu helfen und uns zu verteidigen: Das sind zuvorderst unsere Verbündeten und auch die USA.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, ich habe in unsere Bündnispartner ein Grundvertrauen, nämlich erstens, dass sie sich an Zusagen, an Regeln halten, und zweitens, dass das, was sie uns sagen, auch korrekt ist.

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da gibt es auch Geheimnisse!)

– Ich erwarte nicht, dass sie uns alles sagen. Wir sagen unseren Bündnispartnern auch nicht alles. Ich habe ständig Dokumente, auf denen „Nur Deutschen zur Kenntnis“ steht. Aber wir haben eine gemeinsame Basis, die uns eint. Diese Basis besteht aus Vertrauen und Solidarität.

Diese Anträge, insbesondere der Antrag von den Linken, sind dazu geeignet, mit falschen Vorverurteilungen diese Basis zu schwächen. Das lehnen wir ab. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

(C) Vielen Dank, Kollege Brandl. – Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/14112 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es andere Überweisungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zum Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „US-Militärstützpunkt Ramstein in Deutschland schließen“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/16521, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 19/11102 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind alle Fraktionen des Hauses mit Ausnahme der Fraktion Die Linke. Gegenprobe! – Die Fraktion Die Linke. – Enthaltungen? – Keine. Die Beschlussempfehlung des Ausschusses ist angenommen.

Wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Freitag, den 17. Januar 2020, 9 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 21.32 Uhr)

(D)